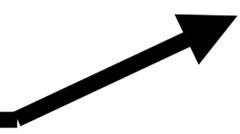


Montagsdemo
jeden Montag
18 Uhr - Dom
Haupteingang

**Wer sich heute
nicht wehrt,
ist morgen der Verlierer**

Info 3
29.11.04



Ab 2005 Zwangsarbeit in Deutschland!

Wer glaubt, das Thema Zwangsarbeit gehöre der Vergangenheit an, irrt gewaltig. Ab nächstem Jahr führt die Rot-Grüne Regierung mit Unterstützung von CDU und CSU im Rahmen von "Hartz IV" die Zwangsarbeit wieder ein. Die Sozis haben damit Erfahrung: bereits 1923 und 1930 wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Sozialdemokraten Zwangsarbeit als sogenannter Arbeitsdienst eingeführt. Inzwischen ist bei ihnen das historische Gedächtnis auf der Strecke geblieben.

Seit vielen Jahren werden Vollzeitstellen, die ein Überleben sichern, in Deutschland abgebaut. Über 30 % der Stellen sind Teilzeitstellen. Vollzeitstellen werden kaum noch angeboten. Über 12 % der werktätigen Menschen zählen trotz Vollzeit zu Beziehern von Armutslöhnen und können kaum noch ihre Familien durchbringen. 36 % aller Beschäftigten haben nur noch Niedriglöhne. Über 24 % aller Beschäftigten erhalten Löhne, die als prekär eingestuft sind und das Überleben mehr und mehr erschweren. Sie liegen bei 50 bis 75 % des Durchschnittslohnes (2813 Euro in 2001). Im Jahr 2003 gab es 5,9 Mio. Menschen, die für 400 Euro im Monat arbeiteten, das sind 20 % aller Beschäftigten! (vgl. WSI 7/03, 56. Jg. und Blätter ...12.04). Weil die Zahlen von Jahr zu Jahr dramatischer werden, verzögern die Arbeitgeber immer wieder ihre Offenlegung. Denn die Wirklichkeit ist: der Niedriglohnstandort Deutschland ist längst deasaströse Realität und hat ein enormes Ausmaß angenommen. Die Vertuschung der Arbeitgeber hat Grund: es soll verhindert werden, dass die Menschen beginnen, sich zu solidarisieren und gegen Löhne zu wehren, die sie in den Ruin treiben. Und dabei sind ihnen die Löhne immer noch zu hoch. Die Politik kriecht inzwischen zu Kreuze. Der DGB spielt mit, und verrät dabei Beschäftigte wie Erwerbslose.

Um den Druck auf die Werkstätigen mit ihren ohnehin seit Jahren real sinkenden Einkommen noch weiter zu erhöhen, hat sich Rot-Grün eines alten Mittels bedient: der Zwangsarbeit. Zwangsarbeit bringt folgendes zum Ausdruck: die Erpressung zu befohlener - nicht selbst gewählter - Arbeit mit Hilfe der Androhung eines besonderen Übels, insbesondere durch staatliche Gewalt. Und das genau ist Inhalt der Rot-Grünen "Arbeitsmarkt-reformen" von Hartz IV. Die Erpressung sind staatliche Sanktionen, das Arbeitslosengeld II zu kürzen oder ganz

zu streichen. Das bedeutet nicht nur eine schier unglaubliche und unmenschliche Entwürdigung von Bürgerinnen und Bürgern. Auch Rechte, die für "normale" werktätige Menschen gelten, sind für die 1-Euro-Jobber abgeschafft, sie werden damit zu Menschen 2. Klasse gemacht. Für sie gilt kein Arbeitsrecht, weil hierdurch kein Arbeitsverhältnis begründet wird. Es gilt kein Kündigungsschutz, kein Krankengeld, kein Tarifvertragsrecht. Von einer Unfallrente sind sie ebenso ausgeschlossen wie von den Wirkungen betrieblicher Mitbestimmung. Zwar gelten die Regelungen des Arbeitsschutzes, doch wer darauf besteht, kann rausfliegen – und ist schutzlos. Und schließlich rechtlos, weil für sie kein Arbeitsgericht zuständig ist. Und das für 30 Stunden die Woche zu ca. 2 Euro die Stunde (ALG II) plus 1 Euro die Stunde Aufwandsentschädigung!

Wir haben festzustellen: es ist die Einführung der Apartheid und moderner Sklaverei in einem der reichsten Länder der Welt und damit ein einmaliger Vorgang in der jungen Geschichte unserer Bundesrepublik. Weil neoliberales Wirtschaftssystem und Politik versagen, werden die Lasten den Betroffenen aufgebürdet! Daher dürfen die Regelungen von "Hartz IV" und "Agenda 2010" keinen Bestand haben und müssen wieder verschwinden. Über die Verantwortlichen aus Wirtschaft, Politik, DGB und allen Helfershelfern, den verantwortungslosen Nutzern dieses modernen Sklaventums in Kirche, Staat, Hilfsorganisationen und Firmen ist ein Tribunal zu eröffnen, welches diese öffentlich zu Schuldigen und Mittätern verurteilt.

Und es ist zu fordern:

- **Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am kulturellen Leben und gesellschaftlichen Reichtum**
- **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro die Stunde**
- **Einführung eines Grundeinkommens zur Armutsabsicherung**
- **Steuergerechtigkeit durch Umverteilung der gigantischen Privatvermögen (Rückverteilung)**
- **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche**
- **Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme auf der Basis von Solidarität und Gerechtigkeit**
- **Streichung der Sozialversicherungsgrenze**